

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 9

Artikel: Die Menschheit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts : die Zeit wird immer knapper
Autor: Gorbatschow, Michail
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340505>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gratisanzeiger «doppelstab», der mit einer Auflage von 217 000/100 000 Exemplare mehr druckt als die BAZ, hat hier eine Chance gesehen und genutzt, sich neben dem Pressekonzern «Basler Zeitung» journalistisch zu profilieren. Und die täglich erscheinende «Basler AZ», die mit einer Auflage von knapp 4000 und einem kleinen redaktionellen Budget ums Überleben kämpft, demonstrierte, wie investigative, kritische Arbeit journalistisch umgesetzt werden kann. Sie bot damit eine Leistung, die nicht zuletzt auch von der Werbeseite registriert worden ist. Ich zitiere noch einmal das Informationsblatt «persönlich»: «Die 'Basler AZ' hatte nämlich längst die Informationsaufgabe der Sandoz 'übernehmen' müssen. In ihren engen Redaktionsräumen drängten sich in- und ausländische Journalisten und Journalistinnen: Wiener AZ, TaZ, Antenne 2, L'Hebdo, Schwedischer Rundfunk, eine finnische

Journalistin... Weil die Sandoz nicht informierte und informiert, holen sich die auswärtigen Medien ihr tägliches Brot woanders.» (persönlich, Nr. 409, 18.11.1986) In der Tat haben zur kritischen Zeit 24 verschiedene Medien aus acht europäischen Ländern bei der «Basler AZ» Rat, Informationen und sonstige Hilfe geholt. (Die Redaktion) Dass diese Anlauf- und Auskunftsstelle nicht das faktische Monopolblatt «Basler Zeitung» war, stellt dieser Zeitung ein schlechtes Zeugnis aus und ist typisch für die Situation in der schweizerischen Presselandschaft: Nur Aussenseiter, die ohnehin schon am finanziellen Abgrund entlang hangeln, leisten sich jenen Journalismus, der für jede Zeitung Pflicht sein müsste. Aber nicht sie bestimmen das Bild. Die Grossen teilen sich den Markt. Und sie verfügen über die Mittel, recherchierten Fakten und kritischen Argumenten die nötige Verbreitung und Durchschlagkraft zu garan-

tieren. Aber bei ihnen – das beweist die Berichterstattung über Schweizerhalle einmal mehr – ist der Aufklärungsjournalismus selbst in Krisen in der Krise.

Literaturangaben

Jürg Bürgi, Die tägliche Missachtung des Lesers. Eine Untersuchung der Lokalberichterstattung der «Basler Zeitung». In: Eine deformierte Gesellschaft. Die Schweizer und ihre Massenmedien, hrsg. von M. Haller, M. Jäggi, R. Müller, Basel 1981

René Grossenbacher, Die Medienmacher. Eine empirische Untersuchung zur Beziehung zwischen Public Relations und Medien in der Schweiz, Solothurn 1986.

Michael Haller, Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten, Basel 1987

Massenmedien und Kernenergie. Hrsg. von U. Saxer, H. Gantenbein, M. Gollmer, W. Hättenschwiler, M. Schanne, Bern 1986

Kurt Nuspliger, Pressefreiheit und Pressevielfalt, Diessenhofen 1980

Oskar Reck, Die Presse schreibt, macht und wird Geschichte. Ein zeithistorischer Essay, Aarau, Frankfurt 1986

Die Menschheit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts

Die Zeit wird immer knapper

Michail Gorbatschow vor dem Moskauer Forum im Februar 1987

Im Februar dieses Jahres fand in Moskau ein internationales Forum statt, an dem Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler, Ärzte, Kulturschaffende, Geschäftsleute und Vertreter der unterschiedlichsten Religionen aus aller Welt teilnahmen. An diesem Anlass hielt der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow eine Rede, die wir im nachfolgenden im Wortlaut wiedergeben. Der Kreml-Chef legt darin seine politischen Ideen dar und erläutert das, was er unter dem «neuen Denken» versteht. Vorrangiges Thema ist dabei seine Konzeption für die Abbrü-

stung. (Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.)

Seit der Mensch begann, sich Gedanken über die Zukunft zu machen, haben sich die besten Köpfe verschiedener Länder und Völker sicherlich unablässig die Frage nach dem Schicksal der Welt und nach der Zukunft der Menschheit gestellt. Noch vor relativ kurzer Zeit galten Überlegungen zu diesen und anderen damit zusammenhängenden Themen als Gedankenspiele, als von den Alltagsorgen der Menschen weit entfernte Beschäftigung für Philo-

sophen, Wissenschaftler und Theologen. In den zurückliegenden Jahrzehnten wurden diese Probleme unter ausgesprochen praktischen Gesichtspunkten behandelt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Die Schaffung und dann die jedes vernünftige Mass übersteigende Anhäufung von Kernwaffen und den dazugehörigen Trägermitteln haben den Menschen technisch in die Lage versetzt, seiner eigenen Existenz ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig machen die Anhäufung von sozialem Sprengstoff in der Welt und die Versuche, die

Probleme einer grundlegend veränderten Welt nach wie vor mit Gewalt und steinzeitlichen Methoden zu lösen, eine Katastrophe, auch politisch, in höchstem Masse wahrscheinlich.

Menschheit an der Grenze

Die Militarisierung des Denkens und der Lebensweise lockert die moralischen Bremsen auf dem Weg zum nuklearen Selbstmord beziehungsweise beseitigt sie sogar völlig.

Wir haben nicht das Recht zu vergessen: Der erste Schritt in dieser Richtung, der stets der gefährlichste ist, wurde bereits getan. Schon zweimal wurden Kernwaffen gegen Menschen eingesetzt, in Dutzenden Fällen, ich betone in Dutzenden, wurde dokumentarisch belegt und zugegeben, dass die Möglichkeit des Einsatzes von Kernwaffen gegen andere Staaten ernstlich erwogen wurde. Ich sage das nicht als Kritik oder Missbilligung, obwohl solche Pläne das eine wie das andere mehr als verdienen.

Ich sage das, um erneut zu betonen, wie nahe die Menschheit heute an einer Grenze angelangt ist, die – falls man sie überschreitet – ein Zurück nicht zulässt.

Der Erste Weltkrieg hat seine Zeitgenossen durch die bis anhin nie dagewesenen Dimensionen von Leid und Zerstörung, durch die Grausamkeit und den technischen Automatismus des Vernichtungsprozesses erschüttert. Wie schrecklich aber die von ihm geschlagenen Wunden auch waren, der Zweite Weltkrieg übertraf alle «Rekorde» des ersten um ein Mehrfaches. Heute hat ein einziges strategisches U-Boot, ein Vernichtungspotential an Bord, das mehreren zweiten Weltkriegen gleichkommt. Von solchen Schiffen gibt es viele Dutzende, und mit ihnen sind die Kern-

waffensysteme bei weitem nicht erschöpft. Die Phantasie ist ausserstande, sich jene Hölle, jene Negation all dessen, was den Menschen ausmacht, vorzustellen, sollte auch nur ein kleiner Teil des derzeitigen nuklearen Arsenal eingesetzt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg (wie übrigens auch nach dem Ersten) wurden Versuche unternommen, eine Weltordnung zu organisieren, die eine Wiederholung des Völkergemetzels ausschliessen würde. Diese Versuche hinterliessen ihre Spur, wenn sie auch nicht in vollem Masse die in sie gesetzten Hoffnungen rechtfertigten. Ungeachtet dessen wirkt die Organisation der Vereinten Nationen. Es gibt regionale und andere Strukturen zwischenstaatlicher und gesellschaftlicher Kontakte, die früher nicht bestanden. Mit einem Wort, die politische Suche nach einem Ausweg der Weltgemeinschaft aus der falschen «Logik», die zu den Weltkriegen führte, wird fortgesetzt. Nach einem Kernwaffenkrieg aber würde es überhaupt keine Probleme mehr geben. Es gäbe niemanden mehr, der sich zu Verhandlungen an einen Baumklotz, an einen Stein – von einem Tisch ganz zu schweigen – setzen könnte. Eine zweite Arche Noah würde eine nukleare Sintflut nicht überstehen. Mit dem Verstand mögen das alle begreifen. Wichtig ist zu begreifen, dass man nicht mehr damit rechnen kann, dass sich alles schon von selbst lösen wird. Aber es gibt noch viele Menschen auf der Welt, die so denken. Man muss unverzüglich die internationalen Beziehungen und das Verhalten der Regierungen und Staaten in Einklang mit den Realitäten des Nuklearzeitalters bringen.

Ja, die Frage steht genau so: Entweder kommt das politische Denken in Einklang mit den Erfordernissen der Zeit, oder die

Zivilisation und das Leben auf der Erde selbst können erlöschen.

Krieg und Frieden – Sein und Nichtsein

In allen Angelegenheiten der Menschen und erst recht in der internationalen Politik darf man auch nicht für eine Minute den heute alles beherrschenden Widerspruch zwischen Krieg und Frieden, zwischen Sein und Nichtsein der Menschheit vergessen. Man muss danach trachten, ihn rechtzeitig zugunsten des Friedens zu lösen.

Dafür aber muss man all das Beste, was in der Geschichte erreicht wurde, aufspüren, pflegen und einander vermitteln, muss man neue schöpferische Wege zur Lösung lange bestehender Probleme suchen.

Nicht nur der Fortschritt der Menschheit, sondern ihr blosser Fortbestand hängen davon ab, dass wir in uns die Kraft und den Mut finden, den Bedrohungen in der heutigen Welt entgegenzutreten.

Wir sind der Auffassung, dass man darauf zählen kann. Die vergangenen Jahrzehnte sind davon gekennzeichnet, dass zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit – und nicht nur einzelne ihrer Vertreter – beginnt, sich als einheitliches Ganzes zu begreifen, die globalen Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur zu sehen und die umfassenden Auswirkungen ihrer materiellen Tätigkeit einzuschätzen.

Man gewann nicht nur Einsicht, sondern auch der Kampf zur Beseitigung der nuklearen Gefahr entfaltete sich. Es ist nicht zu leugnen, dass er schon zu einer grossen moralisch-politischen Schule geworden ist, in der sehr viele Menschen, ja ganze Völker, die schwere, aber notwendige Kunst erlernen, miteinander in Frieden zu le-

ben, das Gleichgewicht zwischen allgemeinen und speziellen Interessen zu finden, der Gegenwart und Zukunft mutig und ehrlich ins Auge zu schauen, sie zu begreifen und rechtzeitig Schlussfolgerungen für die Praxis zu ziehen. Ein Beweis dafür ist Ihr Forum.

Mehr Sozialismus – mehr Demokratie

Bevor ich Ihnen ausführlich meine Gedanken zum Wesen all dieser Probleme darlege, möchte ich Sie alle – die Teilnehmer des Moskauer Forums – Politiker und Publizisten, Geschäftsleute und Wissenschaftler, Ärzte, Kultur- und Kunschtchaffende, Schriftsteller und Vertreter unterschiedlicher Religionen – im Namen des Volkes und der Regierung der Sowjetunion herzlich begrüßen.

Ausserordentlich hoch bewerten wir die Tatsache, dass ein solches Forum durchgeführt wird, und dass dazu aus der ganzen Welt eine solche Vielzahl bekannter und angesehener Persönlichkeiten zusammengekommen ist. Wir verstehen: Jeder hat seine Pflichten, seine Probleme. Sie haben diese zurückgestellt und sind Tausende Kilometer gefahren, um Ihrer Besorgnis und Beunruhigung Ausdruck zu geben und mit Menschen in Gedankenaustausch zu treten, die die gleichen Probleme bewegen.

Schon das ist sehr bedeutungsvoll, da unter den Teilnehmern des Forums Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten, Menschen von allen Kontinenten und aus vielen Dutzenden Ländern sind.

Das Forum verkörpert wahrhaft die Weltöffentlichkeit.

Den sowjetischen Menschen sind die Ideen des Forums, die Sorgen und Stimmungen, die Sie hierher geführt haben, nahe und verständlich. In diesem Sinne wende ich mich nochmals an Sie

mit den Worten des Willkommens und des Dankes für die von Ihnen in diesen Tagen geleistete Arbeit. Und ich meine, dass die Stimme dieses Forums und eines jeden von Ihnen Gehör finden wird.

Es ist sehr wichtig, dass die Ideen des Forums und dessen Geist breite gesellschaftliche und politische Kreise erfassen und, was noch wichtiger ist, Widerspiegelung im Wirken derer finden, die am Staatsruder stehen. Eine solche Position ist meiner Meinung nach von allen Teilnehmern an diesem unserem Treffen hier, im grossen Kremlpalast, zum Ausdruck gebracht worden. Die sowjetische Regierung wird in jedem Falle allem auf dem Forum Gesagten volle Aufmerksamkeit schenken. So muss es sein, weil diese Ideen auf das Aktuellste und Wichtigste hinauslaufen – die Bewahrung der Zukunft der Menschheit.

Zu den auf dem Forum diskutierten Problemen möchte auch ich einiges sagen und Ihnen den Standpunkt unserer Regierung darlegen. Doch zuerst möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken: Sie sind zu einem Zeitpunkt in die Sowjetunion gekommen, da sich bei uns ihrem Wesen nach revolutionäre Umgestaltungen vollziehen. Sie haben sehr grosse Bedeutung sowohl für unsere Gesellschaft als auch für den Sozialismus insgesamt und für die ganze Welt.

Nur wenn man ihren Inhalt, ihren Sinn und ihre Ziele versteht, kann man auch unsere internationale Politik richtig beurteilen. Vor unserem Volk, vor Ihnen, vor der ganzen Welt sage ich in voller Verantwortung: Unsere internationale Politik ist mehr denn je von der Innenpolitik und dem Interesse bestimmt, uns auf die schöpferische Arbeit zur Vervollkommenheit unseres Landes zu konzentrieren. Gerade deshalb brauchen wir einen stabilen

Frieden sowie Berechenbarkeit und konstruktive Gestaltung der internationalen Beziehungen.

Oft wird – und das hören wir bis heute – von der Gefahr geredet, die angeblich von der UdSSR ausgeht, von der «sowjetischen Bedrohung» für den Frieden und die Freiheit.

Dazu ist zu sagen: Die Umgestaltung, die wir in einem solchen Ausmass begonnen haben und die unumkehrbar ist, zeigt vor allem, wohin wir unsere Ressourcen lenken wollen, worauf all unser Sinnen und Trachten gerichtet ist, welches unsere wirklichen Programme und Vorhaben sind, wofür wir die geistige Energie unserer Gesellschaft einsetzen wollen.

Unser Hauptvorhaben besteht darin, das Potential des Sozialismus durch die Einbeziehung aller Kräfte des Volkes zu erschliessen. Dazu ist erforderlich, dass alle unsere gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, alle Arbeitskollektive und Künstlerverbände vollwertig und vollberechtigt funktionieren. Wir brauchen neue Formen der Mitarbeit der Bürger und müssen diejenigen reaktivieren, die zu Unrecht vergessen worden sind. Kurz gesagt, ist eine umfassende Demokratisierung des ganzen Lebens der Gesellschaft erforderlich. Sie ist auch die wichtigste Garantie für die Unumkehrbarkeit der begonnenen Prozesse. Wir wollen mehr Sozialismus und deshalb mehr Demokratie.

Wir wollen verstanden werden

So setzen wir das Werk unserer grossen Revolution fort, und das wird von unserem Volk mit Enthusiasmus aufgenommen. Um Fäseleien und Spekulationen jeglicher Art auszuschliessen (wovon aus dem Westen genug zu hören ist), möchte ich betonen: Unsere Umgestaltungen verwirklichen wir in Über-

einstimmung mit der eigenen, der sozialistischen Entscheidung, auf der Grundlage unserer Vorstellungen über gesellschaftliche Werte, wobei wir uns von den Kriterien der sowjetischen Lebensweise leiten lassen. Unsere Erfolge und unsere Fehler messen wir mit sozialistischen Massstäben und mit keinen anderen.

Wir wollen jedoch verstanden werden. Und wir hoffen, dass die gesamte Weltgemeinschaft endlich begreift, dass daraus, dass wir unser Land besser gestalten wollen, niemandem Schlechtes erwächst. Die ganze Welt kann davon nur profitieren.

Die Umgestaltung ist – wenn man ihren internationalen Aspekt hervorhebt – die Einladung des Sozialismus zum friedlichen Wettstreit mit jedem anderen sozialen System. Und wir werden durch die Tat beweisen, dass ein solcher Wettbewerb dem allgemeinen Fortschritt und dem Frieden in der ganzen Welt nutzt.

Damit jedoch ein solcher Wettstreit zustande kommt und sich in zivilisierten Formen entfaltet, die der Menschheit des 21. Jahrhunderts würdig sind, ist ein neues Denken erforderlich, muss man die Denkweise, die Klischees und Dogmen überwinden, die ein Erbe der Vergangenheit sind.

Das Problem des neuen Denkens beschäftigt unsere Gesellschaft und die sowjetische Führung nicht erst seit gestern. Wir haben darüber viel nachgedacht. Wir haben uns selbst und andere kritisiert und uns Kopfzerbrechen verursachende Fragen gestellt, bevor wir die Realitäten in ihrer jetzigen Form sahen und zu der Überzeugung kamen, dass es in der heutigen komplizierten und widersprüchlichen Welt, die an einem Scheideweg angelangt ist, eines neuen Herangehens an die internationalen Probleme und

neuer Methoden zu deren Lösung bedarf. Wir sind zu Schlussfolgerungen gelangt, die uns zwingen, bestimmte Dinge zu überprüfen, die früher als Axiome galten. Denn nach Hiroshima und Nagasaki hat ein Weltkrieg aufgehört, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu sein. Im Feuer eines Nuklearkrieges werden die Urheber einer solchen Politik selbst untergehen.

Wir sind keine Richter

Wir haben uns gezwungen, tief in das Verständnis dafür einzudringen, dass sich die Menschheit durch die Anhäufung von Kernwaffen und deren Vervollkommnung ihrer Unsterblichkeit beraubt hat. Sie kann nur dann wiedererlangt werden, wenn die Kernwaffen vernichtet sind.

Wir weisen das Recht der Führung jedes Landes zurück, ganz gleich, ob das die UdSSR, die USA oder irgendein anderes Land ist, das Todesurteil über die Menschheit zu fällen. Wir sind keine Richter und die Milliarden Menschen keine Verbrecher, die bestraft werden müssen. Eben deshalb ist es notwendig, die nukleare Guillotine niederzureissen. Die kernwaffenbesitzenden Mächte müssen ihren nuklearen Schatten überspringen, hinein in eine kernwaffenfreie Welt. Auf diese Weise müssen sie Schluss machen mit der Loslösung der Politik von den allgemeinmenschlichen Normen der Moral.

Der nukleare Wirbelsturm wird sowohl die Sozialisten als auch die Kapitalisten, die Gerechten wie auch die Sünder hinwegfegen. Ist eine solche Situation moralisch? Wir Kommunisten meinen, sie ist es nicht.

Man kann sagen, wir haben nach langem Ringen eine neue Denkweise geschaffen, die die Kluft zwischen der politischen Praxis und den allgemein-

menschlichen moralisch-ethischen Normen beseitigen soll.

Auf dem höchsten Forum der sowjetischen Gesellschaft – auf dem Parteitag der KPdSU vor einem Jahr – legten wir unsere Anschauung von der Welt, unsere philosophische Konzeption ihrer Gegenwart und Zukunft dar. Aber wir beschränkten uns nicht auf die Verkündung unserer theoretischen Doktrin. Auf ihrer Grundlage erarbeiteten wir eine konkrete politische Plattform für ein umfassendes System der internationalen Sicherheit. Das ist ein System, das von dem Prinzip ausgeht, dass man die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen aufbauen kann, und das ihre wichtigsten Seiten, die militärische, politische, ökonomische und humanitäre organisch verbindet.

Ergebnisse des neuen Denkens

Im militärpolitischen Bereich unterbreiteten wir ein Programm der Beseitigung der Kernwaffen bis zum Jahr 2000. Es wurde vor 13 Monaten, am 15. Januar 1986, im Namen des sowjetischen Volkes verkündet. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Datum in die Geschichte des Kampfes zur Rettung der Zivilisation vor dem Untergang eingehen wird.

Noch davor haben wir die Initiative ergriffen, alle Nuklearexplosionen einzustellen und das einseitige Moratorium mehrmals verlängert. Von uns stammt die Idee von Reykjavik, und wir haben dort Vorschläge unterbreitet, die die Einstellung des Wettrüstens und eine grundlegende Wende zur Abrüstung und zur Beseitigung der nuklearen Bedrohung bedeutet hätten, wenn die andere Seite darauf reagiert hätte. Gemeinsam mit unseren Verbündeten haben wir kühne und weitreichende Schritte in der Frage der vertrauensbildenden Massnahmen und der Reduzierung der konventionel-

len Rüstung und Streitkräfte in Europa unternommen. Wir bekundeten die Bereitschaft zur vollständigen Beseitigung der chemischen Waffen.

In Wladiwostok haben wir die Länder Asiens und des Pazifiks zu einer gemeinsamen Suche nach der Sicherheit für alle und jeden in dieser riesigen und erwachenden Region der Welt zu einer gegenseitig vorteilhaften und gleichberechtigten Zusammenarbeit aufgerufen.

Wir haben die Deklaration von Delhi unterzeichnet, in der unser philosophisches und politisches Herangehen an die Gestaltung einer Welt ohne Kernwaffen und ohne Gewalt sich deckt mit der Haltung des grossen Indiens und der Milliarden Menschen, die durch die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit repräsentiert werden. Als entschiedene Verfechter einer neuen Weltwirtschaftsordnung haben wir eine Konzeption für die internationale ökonomische Sicherheit formuliert und sie zur allgemeinen Erörterung unterbreitet.

Schliesslich ist unser neues Herangehen an die humanitären Fragen, wie sie im «Korb 3 von Helsinki» genannt werden, für alle offensichtlich. Ich muss jene enttäuschen, die meinen, dass dies ein Ergebnis des Drucks des Westens auf uns sei, dass wir jemandem gefallen wollten und dabei irgendwelche geheimen Ziele verfolgten. Nein. Das ist ein Ergebnis des neuen Denkens.

Wir sind also bestrebt, unsere philosophische Weltanschauung in jeder Hinsicht gleichsam in die Sprache der praktischen Politik zu übertragen.

Das neue Gebäude der internationalen Sicherheit kann natürlich nur auf Vertrauen aufgebaut und zementiert werden. Wir wissen: Der Weg dorthin ist nicht einfach. Nicht nur wir müssen ihn gehen, obwohl wir, wenn Sie an unsere Geschichte

denken, mehr Grund zu Misstrauen hätten.

Ich will mich nicht in eine Polemik darüber einlassen, ich möchte nur feststellen, dass alle neben einem Defizit an neuem Denken auch ein Defizit an Vertrauen empfinden. Ich habe hier nicht die Absicht, gründlich auf die Ursachen für diese Situation einzugehen, obwohl sich viel dazu sagen liesse. Wir müssen jetzt vorwärts schauen und dürfen nicht im Banne der Vergangenheit bleiben.

Achtung gegenüber den anderen

Vertrauen muss durch Erfahrung der Zusammenarbeit durch gegenseitiges Kennenlernen durch Lösung gemeinsamer Fragen geschaffen werden. Im Prinzip ist es falsch, die Frage so zu stellen: Zuerst Vertrauen und dann alles übrige – Abrüstung, Zusammenarbeit, gemeinsame Projekte. Über gemeinsame Taten zu Vertrauen, zur Schaffung, Festigung und Entwicklung von Vertrauen. Das ist der vernünftigste Weg.

Ich wiederhole, jeder muss bei sich selbst beginnen. Nicht die Pose eines selbsternannten höchsten Richters über die ganze Welt, sondern Achtung gegenüber den anderen zusammen mit einem objektiven und selbstkritischen Blick auf die eigene Gesellschaft – das ist es, was heute den internationalen Beziehungen in starkem Masse fehlt. Eine der wichtigsten Folgen der Umgestaltung in der Sowjetunion ist die allseitige Festigung des Vertrauens überall in unserer Gesellschaft. Das stärkt unsere Überzeugung, dass es möglich ist, das notwendige Vertrauen auch in die internationalen Beziehungen zu tragen.

Vorläufig bahnt sich das neue Denken noch mit Schwierigkeiten seinen Weg in die internationale Politik. Das Vertrauen bildet sich nur unter grosser Mühe. Gerade deshalb, so denke ich, festigt sich die Gewissheit, dass

das Schicksal der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart nicht den Politikern allein überlassen werden darf. Das ist nicht nur Sache der Politiker. Wir sind lebendige Zeugen, wie eine machtvolle gesellschaftliche Bewegung sich formiert und ausbreitet, der weltweit Wissenschaftler, Intellektuelle verschiedener Gebiete, religiöse Kräfte, Frauen, Jugendliche, Kinder – immer mehr Kinder! – sogar ehemalige Militärs und Generale, die aus erster Hand wissen, was moderne Waffen sind, angehören.

Und das alles deshalb, weil sich die Menschen immer tiefgründiger bewusst werden, wohin die Welt gelangt ist, welche Grenze sie erreicht hat und wie real die ihr drohende Gefahr ist.

Ich denke, Ihr Forum ist ein sehr grosser Schritt in der Entwicklung der gesellschaftlichen Bewegung für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit. Ich begrüsse den Beitrag des Moskauer Forums.

Was in Reykjavik geschah

Ich möchte insbesondere noch auf Reykjavik eingehen. Es gab dort kein Scheitern, sondern einen Durchbruch. Es waren keine turnusmässigen Verhandlungen, sondern es war eine Stunde der Wahrheit, als sich die gewaltige Perspektive ein wenig öffnete, den Weg zu einer kernwaffenfreien Welt zu beschreiten. Reykjavik hat deshalb in der ganzen Welt eine so starke Reaktion ausgelöst, weil wir an das Problem der Reduzierung der Kernwaffenarsenale von einer völlig neuen konzeptionellen Warte aus als politisches und psychologisches und nicht nur militärtechnisches Problem herangegangen sind.

Beinahe wäre eine Lösung gefunden worden. Doch was sollen wir anfangen mit diesem «Beinahe», durch das wir in Reykjavik nicht zum Ziel gekommen sind?

Ich will hier nicht erneut darüber polemisieren, warum das so war. Ich hoffe, Ihnen ist unsere Einschätzung bekannt. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Tatsache lenken: Als in einem bestimmten Moment in Reykjavik beide Seiten übereinkamen, ihre Kernwaffenarsenale einschneidend zu reduzieren und schliesslich zu beseitigen, bedeutete das praktisch ihr Eingeständnis, dass nukleare Mittel die Sicherheit nicht mehr zuverlässig garantieren können. Was in Reykjavik geschah, hat den Charakter und das Wesen der Debatten über die künftige Welt unwiderruflich verändert. Das ist eine wichtige politische Feststellung. Aber schon die Möglichkeit, die sich da abzeichnete, hat manche erschreckt und sie ziehen zurück. Doch wie sehr sie sich auch an die Vergangenheit klammern, es gibt zu ihr keine Rückkehr. Ich bin überzeugt, dass sich die Menschheit von den nuklearen Ketten befreien kann, und ich hoffe, dass sie rechtzeitig damit beginnt. Doch dafür muss man kämpfen, ernsthaft kämpfen.

Das neue politische Denken ist dazu berufen, die Zivilisation auf eine qualitativ neue Stufe zu heben. Allein deshalb ist das keine einmalige Positionskorrektur, sondern eine Methodologie der Gestaltung internationaler Angelegenheiten.

Nicht nur in diesem Saal, sondern wohl auch ausserhalb gibt es keinen Menschen, der die Kernwaffen als eine harmlose Sache betrachtet. Allerdings gibt es nicht wenige Menschen, die ernsthaft glauben, dass dieses Übel für die Abwendung eines grösseren Übels, des Krieges, notwendig ist. Eben eine solche These liegt der Doktrin der nuklearen Abschreckung zugrunde. Was ist in diesem Zusammenhang zu sagen?

Zur nuklearen Abschreckung

● Erstens, selbst wenn man auf dem Boden dieser Doktrin bleibt, muss man zugeben, dass der «nukleare Schutzbrief» nicht völlig sicher und nicht unbefristet ist. Er kann zu jedem Zeitpunkt zum Todesurteil für die Menschheit werden. Je mehr Kernwaffen es gibt, desto geringer sind die Chancen, sie im Zaum zu halten. Die Ausbreitung dieser Waffen, die zunehmende Kompliziertheit der mit ihnen zusammenhängenden technischen Systeme, die wachsenden Transportmassstäbe, die ständige Möglichkeit technischer Pannen und menschlichen Versagens oder böswilliger Absichten – dies alles zusammengekommen bildet einen riesigen Komplex von Zufällen, von denen Sein oder Nichtsein der Menschheit abhängt.

● Zweitens. Betrachten wir die Doktrin der Abschreckung von einer anderen Seite. Ihrem Wesen nach ist sie eine Politik der Drohung. Jedes Verhaltensmodell hat seine innere Logik. Wenn die Drohung ein Mittel der Politik ist, so ist der Wunsch natürlich, dass diese Drohung in jedem Falle und von allen ernst genommen wird. Aber dazu muss man sie immer wieder durch Taten bekräftigen, in diesem Falle durch Anwendung militärischer Gewalt. Daraus kann es nur eine Schlussfolgerung geben: die Politik der Abschreckung, betrachtet man sie unter historischer Perspektive, verringert die Möglichkeit militärischer Konflikte nicht, sondern erhöht sie sogar. Trotzdem klammert man sich sogar nach Reykjavik weiter an diese Doktrin.

So handeln vor allem diejenigen, die dazu neigen, in der Konfrontation mit uns an die Moral zu appellieren. Aber wie stehen sie selbst unter diesem Blickwinkel da – dem Blickwinkel der heutigen Moral? Sind sie doch

davon überzeugt – und machen auch kein Hehl daraus –, dass ein Dialog mit anderen, die Entwicklung von Beziehungen zu ihnen nur auf der Basis von Drohungen und Gewalt und der ständigen Möglichkeit zur Anwendung dieser Gewalt erfolgen kann und soll. Wie würden wir uns einem solchen Menschen gegenüber verhalten, wenn wir ihm auf der Strasse begegnen? Warum werden derartige Normen, die für die Beziehungen zwischen einzelnen Menschen längst als völlig unpassend angesehen werden, von scheinbar recht gebildeten Politikern als nahezu natürliche Norm in den zwischenstaatlichen Beziehungen betrachtet?

● Drittens. In den Abrüstungsdiskussionen kann man immer wieder die These hören, dem Menschen sei ein «Gewaltinstinkt», ein «Kriegsinstinkt» angeboren, und dieser Instinkt sei nicht auszurotten.

Was aber folgt daraus? Der Krieg als unabdingbarer Begleiter des Menschen? Sind demnach sowohl die Entstehung als auch die Perfektionierung und Anhäufung immer neuer Mittel zur Vernichtung des Menschen unvermeidlich?

Mit solchen Ansichten kann man sich nicht abfinden. Sie erinnern an Zeiten, als perfekte Waffen erfunden und eingesetzt wurden, um andere Völker zu unterwerfen und sie für sich arbeiten zu lassen oder sie einfach auszuplündern. Eine solche Vergangenheit ist weder ein Vorbild noch eine Schablone für die Zukunft. Der Mensch an der Schwelle des 21. Jahrhunderts weiss und vermag ungeheuer viel. Aus eben diesem Grunde ist er verpflichtet, die Notwendigkeit einer Entmilitarisierung der Welt zu erkennen. Wir glauben, dass eine solche Welt möglich ist, und werden alles tun, um dieses Ziel zu erreichen, das wohl das bedeutendste gesellschaftliche Vorhaben ist.

Das Thema der nuklearen Abschreckung hat noch einen weiteren Aspekt. In der Politik muss man das Problem des Rationalen und des Irrationalen beachten. Besonders in unserer komplizierten Welt, wo selbst der Inhalt dieser Begriffe sehr stark beeinflusst ist von den Besonderheiten der historischen Erfahrungen der Völker, von den unterschiedlichsten politischen Kulturen, Traditionen und von vielem anderen. Es ist sehr schwer, all das auf einen für ausnahmslos alle gemeinsamen rationalen Nenner zu bringen. Auch deshalb bleibt es eine unwiderlegbare Wahrheit: Je mehr Kernwaffen es gibt, desto grösser ist die Möglichkeit eines verhängnisvollen Fehlers.

Dennoch werden ständig noch stärkere und raffiniertere Waffen entwickelt, die zynisch als exotisch bezeichnet werden.

Die Gefahr der Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum unterstreicht die Einzigartigkeit und – ich würde sagen – Dramatik der Situation. Wenn dies geschieht, wird selbst die Idee der Rüstungskontrolle in Verruf gebracht. Argwohn, gegenseitiges Misstrauen und die Versuchung sich bei der Stationierung immer neuer Systeme gegenseitig zu vorzukommen, werden sprunghaft zunehmen. Dies ist meiner Meinung nach sogar einem militärischen Laien klar. Die Destabilisierung würde zu einer Tatsache und erhielte Krisencharakter. Das Risiko eines zufälligen Kriegeausbruches würde sofort um ein Vielfaches erhöht.

Wir bedauern, dass die Fortsetzung der Versuche seitens der Amerikaner unser Moratorium ausser Kraft gesetzt hat. Aber es war nicht umsonst. Mit unserem Moratorium haben wir gezeigt, dass ein Versuchsverzicht eine reale Sache ist, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Vor diesem angesehenen Auditorium möchte ich erklären und damit Dr. Lown antworten, der uns aufgerufen hat, das Moratorium zu verlängern: Die Sowjetunion gibt ihr Ziel nicht auf, die Kernwaffentests zu beenden und zu erreichen, dass die vorhandenen Kernwaffenvorräte einschneidend reduziert und dann vollständig beseitigt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die erregten Gemüter über die Stationierung erster SDI-Waffen eingehen. Die Anhänger dieser Aktion bestehen auf einer «erweiterten Auslegung» des ABM-Vertrages. Übrigens hat die US-Regierung in Genf bereits offiziell vorgeschlagen, diese Auslegung zu legitimieren, während in Washington selbst und unter den NATO-Verbündeten über dieses Thema noch gestritten wird. Es zeigt sich, dass Diskussionen in diesem Fall kein Mittel zur Sondierung der öffentlichen Meinung sind. Das ist schon nahe der realen Politik, wenn nicht schon selbst reale Politik. Das muss uns alle beunruhigen.

Es handelt sich faktisch um den Bruch des ABM-Vertrages, denn sein politischer und, man könnte sagen, philosophischer Sinn bestand von Anfang an darin, Stabilität durch Beschränkung der Raketenabwehr zu gewährleisten und damit den ewigen und im Atomzeitalter besonders gefährlichen Wettstreit zwischen «Schild» und «Schwert» zu beenden. Wir kamen doch zum ABM-Vertrag im Ergebnis einer langen, langjährigen Diskussion, an der die besten Köpfe, die zum Einschätzen der Situation fähig sind, teilnahmen. Seinerzeit haben die Vereinigten Staaten seine Richtigkeit anerkannt. Aber jetzt will man durch eine breite Auslegung des Vertrages diese wichtigste Bremse des Wettrüstens zerstören. Mit einer Beseitigung des Vertrages wird das Wettrüsten mit

Nuklearraketen neue Ausmasse annehmen, und es wird das Wettrüsten im Weltraum hinzukommen, von dessen unausweichlichen Folgen ich gerade gesprochen habe.

Im November 1985 haben Präsident Reagan und ich in Genf die Verpflichtung übernommen, «ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die nuklearen Rüstungen zu begrenzen und zu reduzieren und die strategische Stabilität zu festigen». Das haben wir in Genf mit der gemeinsamen Erklärung unterschrieben. Mit dem Bruch des ABM-Vertrages tritt die Administration diese Verpflichtung mit Füßen und damit auch die Unterschrift, die die Vereinigten Staaten vor 15 Jahren unter diesen unbefristeten Vertrag setzten.

Die Situation verlangt, das Niveau der völkerrechtlichen Bestimmungen zu heben und es zu festigen, statt es zu lockern und die wichtigsten Bestandteile aus ihr herauszulösen.

Wir denken gegenwärtig unter anderem über folgendes Problem nach: Weshalb massen sich manche Länder das Recht an, neue Waffensysteme zu erfinden und zu entwickeln, noch dazu solche, die andere Völker und Staaten bedrohen, auch wenn sie nicht stationiert und nicht eingesetzt werden? Dieses Problem sprengt den Rahmen der nationalen Souveränität, es ist international.

Oder: Heute steht der Luftraum über einem nationalen Territorium unter der Oberhoheit des jeweiligen Staates, der das unbestreitbare Recht besitzt, diese vor einer Verletzung zu schützen.

Vom Weltraum, wo man jetzt Waffen stationieren will, wird jedoch eine weitaus grössere Gefahr ausgehen. Diese Absichten stellen den Versuch dar, ein neues Instrument zur Erpressung unabhängiger Staaten zu schaf-

fen. Wäre es darum nicht an der Zeit, unter dem Aspekt des Völkerrechts die Frage nach dem Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum – über den Köpfen der Menschen anderer Länder – zu stellen?

Über die gegenseitige Abhängigkeit

Gestatten Sie mir nun, von einer anderen höchst wichtigen Realität unserer Zeit zu sprechen, die ebenfalls ein neues Denken erfordert. Ich meine die nie dagewesene Vielfalt der Welt und die zugleich wachsende gegenseitige Abhängigkeit in ihr sowie ihre immer stärker ausgeprägte Unteilbarkeit. Sie wird geeint nicht nur durch die Internationalisierung im Wirtschaftsleben und die mächtigen Mittel der Information und Kommunikation, sondern auch durch die gleiche Gefahr eines nuklearen Todes, einer ökologischen Katastrophe sowie eines globalen Ausbruchs der Widersprüche zwischen Armut und Reichtum in den verschiedenen Regionen.

Die internationale Gemeinschaft stellt sich uns als eine Vielzahl von Staaten mit unterschiedlicher Geschichte, unterschiedlichen Traditionen, Bräuchen und Lebensformen dar. Jedes Land und jedes Volk hat seine eigene Wahrheit, seine eigenen nationalen Interessen und seine eigenen Bestrebungen. Das ist eine überaus wichtige Realität der heutigen Welt. Vor 30 bis 40 Jahren war das nicht so. Dies ist eine Realität, die infolge der von den Völkern selbst getroffenen Wahl entstanden ist. Sie selbst haben ihren Weg der nationalen Entwicklung gewählt.

Aber die Entwicklung dieses Prozesses hat offensichtlich die Fähigkeit einiger Politiker überholt, die unumkehrbaren Veränderungen zu begreifen und zu erfassen. Ebenso wie im Bereich der Kernwaffen, leben sie in den alten Vorstellungen.

Der Ausweg besteht darin, die Kluft zu verringern und zu überwinden, die zwischen der schnellen Entwicklung der Ereignisse und dem Verstehen der Realitäten, dem Verständnis für das besteht, was geschieht und wohin das führen kann, solange es noch nicht zu spät ist.

Die Welt als sein Eigentum anzusehen und willkürlich Gebiete zu Zonen der eigenen Lebensinteressen zu erklären, ist auch heute noch verbreitet. Das treibt auch das Wettrüsten voran. Es entspringt der Politik der Gewalt, ohne die man sich die Möglichkeit eines politischen und ökonomischen Diktats nicht sichern kann. Das sind Klischees einer vergangenen Denkweise, als man es für «legitim» ansah, andere Völker auszubeuten, über ihre Ressourcen zu verfügen und eigenmächtig über ihre Geschicke zu entscheiden.

Die Gefahren der regionalen Konflikte

Wohin führt es, wenn man solche Ansichten beibehält? Zur Zunahme regionaler Konflikte. Die Flammen der Feindschaft lodern. Ihre Grenzen weiten sich gefährlich aus, der Kreis jener Staaten wächst, deren Interessen direkt oder indirekt davon betroffen sind. Die regionalen Konflikte belasten den allgemeinen Zustand der internationalen Beziehungen. Auf den Schlachtfeldern erklärter und nicht erklärter Kriege, an der Front und im Hinterland sterben Menschen. In den Strudel des verheerenden Wettrüstens werden Länder gerissen, die unter bitterster Not und massenhaftem Hunger leiden.

Die Regelung regionaler Konflikte ist ein Gebot der Zeit. Wie wir an diese Frage herangehen, kann man am Beispiel unserer Initiativen in bezug auf den Nahen Osten sehen. Das ist ein empfindlicher neuralgischer Knoten unseres Planeten. Dort kreuzen sich die Interessen vieler

Staaten, nicht nur der Araber und Israels. Das ist ein Schnittpunkt der Geschichte, der Religionen und Kulturen. Deshalb ist nur ein verantwortungsvolles, behutsames und – ich würde sagen – feinfühliges Herangehen akzeptabel, und nicht Gewaltaktionen, räuberische Überfälle und die ständige Gefahr der Anwendung militärischer Gewalt.

Wir sagen: Lasst uns suchen, wir müssen gemeinsam handeln. Das betrifft auch den Krieg zwischen Iran und Irak, die Krise in Mittelamerika, das Problem Afghanistan, den Süden Afrikas und die Situation in Indochina. Das wichtigste ist, dem Recht der Völker, den Weg in die Zukunft selbst zu wählen, streng Rechnung zu tragen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Wir sind dagegen, dass Beziehungen, die sich historisch herausgebildet haben, künstlich zerstört werden. Die Gerechtigkeit erfordert es jedoch, die internationale Wirtschaftstätigkeit so zu regeln, dass die Ausplünderung der Armen durch die Reichen ausgeschlossen ist. Kann man denn ruhig in einer Welt leben, in der drei Viertel der Länder nichtrückzahlbare Schulden haben und eine Handvoll Staaten als allmächtige Wucherer auftreten? Die Aufrechterhaltung dieser Situation birgt eine soziale Explosion in sich, die ebenfalls die moderne Zivilisation zerstören kann. Eine gerechte politische Regelung regionaler Konflikte wird diktiert von genau derselben Logik der wechselseitigen Abhängigkeit der Welt als Ganzes, die auch die Lösung anderer globaler Probleme erfordert – des Nahrungsmittelproblems, des Ökologie- und Energieproblems, der Probleme der allgemeinen Alphabetisierung, der Bildung und des Gesundheitswesens.

Terrorismus und seine Bekämpfung

Die Welt von heute leidet noch unter einem anderen Unheil, das ist der Terrorismus. Ein schreckliches Übel. Aber wie ich bereits unlängst sagte, ist der Versuch, es mit Hilfe des Staatsapparatismus auszumerzen, ein noch grösseres Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Durch diese «Methode» kommen noch mehr Menschen ums Leben, werden Völkerrecht und Souveränität der Staaten geopfert, gar nicht zu reden von Moral und Gerechtigkeit. Es bildet sich ein Teufelskreis von Gewalt und Blutvergiessen, es verschärft sich die allgemeine Lage. Wir haben schon vor der UNO und auf anderen internationalen Foren – und heute möchte ich es noch einmal bekräftigen – unsere Bereitschaft bekundet, mit gemeinsamen Anstrengungen gegen alle Formen des Terrorismus zu kämpfen.

Alle genannten Probleme sind wichtig, sie alle machen jenen schwierigen Weg aus, der zu neuen Horizonten der menschlichen Zivilisation führt. Aber ihre Abhängigkeit voneinander ist unterschiedlich: Ohne Einschränkung des Wettrüstens können keine anderen Probleme wirklich gelöst werden.

Alles muss begrenzt und reduziert werden

Die Sowjetunion, die sowjetischen Menschen verstehen sich als Teil der Weltgemeinschaft. Die Sorgen der Menschheit sind auch unsere Sorgen, ihr Schmerz ist auch unser Schmerz, und ihre Hoffnungen sind auch unsere Hoffnungen. Bei allen Unterschieden zwischen uns müssen wir alle lernen, gemeinsam die grosse Familie der Menschheit zu bewahren.

Auf dem Treffen in Genf hat der USA-Präsident die Idee geäussert, dass sich die Vereinigten

Staaten und die Sowjetunion zusammenschliessen würden, wenn ein Überfall von ausserirdischen Wesen abgewehrt werden müsste. Ich will diese Hypothese nicht bestreiten, wenngleich es wohl verfrüht ist, sich darüber Sorgen zu machen. Wichtiger ist es sich mit den Sorgen zu befassen, die schon in unser gemeinsames Haus eingezogen sind. Wir müssen begreifen, dass die Beseitigung der nuklearen Gefahr notwendig ist, und einsehen, dass es kein Dach auf der Erde und im Weltraum gibt, unter dem man Schutz finden könnte, falls ein nukleares Gewitter ausbricht.

Unsere Konzeption zur Schaffung eines Systems umfassender internationaler Sicherheit unsere anderen Initiativen – sie alle widerspiegeln den eindeutigen Wunsch und die Bereitschaft der Sowjetunion, auf ihren Status als Nuklearmacht zu verzichten und alle anderen Waffen auf ein vernünftiges Mindestmass zu reduzieren.

Die UdSSR fordert für sich nichts, was sie anderen verweigern würde, sie verlangt keinen Deut mehr Sicherheit als beispielsweise die USA haben. Allerdings akzeptiert die Sowjetunion auch keinen für sie nachteiligen Zustand und keine Diskriminierung.

Sehen Sie sich all unsere Vorschläge an. In ihnen gibt es nicht den Versuch, irgendeine unserer Waffen aus den Verhandlungen auszuklammern. Unser Prinzip ist einfach: Alles muss begrenzt und reduziert werden. In bezug auf Massenvernichtungswaffen muss man bis zu ihrer Vernichtung gehen. Das ist unsere feste Linie. Dort, wo es Ungleichheit in irgendwelchen Elementen gibt, muss die Lage ausgeglichen werden. Das darf nicht durch Aufstockung bei demjenigen geschehen, der zurückgeblieben ist, sondern durch Reduzierung bei jenem, der den Vorlauf hat. Auf dem Wege zum historischen

Ziel, einer entmilitarisierten Welt, wird es natürlich Etappen geben.

Auf jeder Etappe müssen die gegenseitigen Interessen berücksichtigt und das Gleichgewicht auf einem vernünftigen und ausreichenden Niveau mit ständiger Tendenz zur Verringerung gewahrt werden. Alle müssen begreifen und sich darüber einig werden: Eine Parität in der Fähigkeit, sich gegenseitig mehrfach zu vernichten – das ist wahnsinnig und absurd.

Es ist unserer Meinung nach wichtig, bei der Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation solche Massnahmen zu realisieren, die es gestatten, die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs zu verringern, oder besser noch, überhaupt auszuschliessen. Aus der Berührungszone müssen die gefährlichsten, die Offensivwaffen, entfernt werden. Dabei müssen natürlich die Militärdoktrinen einen ausgesprochen defensiven Charakter tragen.

Ich sagte schon, dass jetzt, da grosse Massnahmen für reale Abrüstung auf der Tagesordnung stehen, die das empfindlichste Gebiet – die nationale Sicherheit – betreffen, die Sowjetunion auf die Schaffung eines denkbar strengen Regimes der Kontrolle und Prüfung, darunter eines internationalen Systems, hineinwirken wird. Es muss völlige Gewissheit bestehen, dass die Verpflichtungen von allen eingehalten werden.

Könnte man nicht, das sowjetisch-amerikanische Experiment in Semipalatinsk als Prototyp dieser Kontrolle ansehen?

Abbau der ausländischen Stützpunkte

Bei der Kontrollfrage gibt es auch folgenden Aspekt. Es ist bekannt, dass die USA zahlreiche Militärstützpunkte in anderen Ländern haben. Wir würden gern Zugang für Inspektionen zu ihnen haben, um sicherzuge-

hen, dass in diesen Stützpunkten keine Tätigkeit durchgeführt wird, die durch irgendeine Vereinbarung verboten ist. Hierbei brauchen wir offensichtlich auch die Mitarbeit der Staaten, auf deren Boden sich diese Stützpunkte befinden.

Noch besser wäre es, zur alten Idee der Beseitigung ausländischer Stützpunkte zurückzukehren und die Truppen nach Hause zu führen. Dies beziehen wir auch auf uns selbst. Die ersten praktischen Schritte haben wir bereits getan. Wie Sie wissen, ziehen wir nach Vereinbarung mit den mongolischen Freunden einen Teil unserer Truppen aus der mongolischen Volksrepublik ab. Wir haben sechs Regimenter aus Afghanistan abgezogen und werden unser gesamtes militärisches Kontingent in möglichst kurzer Zeit von dort abberufen. Für die Lösung dieses Problems sind seitens der Vereinigten Staaten und der Nachbarn Afghanistans Gegenseitigkeit sowie internationale Anstrengungen erforderlich. Wir haben keine Ansprüche auf die Wahrheit in letzter Instanz. Wir reagieren bereitwillig auf Vorschläge, die andere Länder, politische Parteien, gesellschaftliche Bewegungen und auch einzelne Personen unterbreiten. Die Sowjetunion unterstützt die Ideen der Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa sowie kernwaffenfreier Zonen in Nordeuropa, auf dem Balkan, im Südpazifik und in anderen Regionen. Wir sind bereit, zu jedem Vorschlag Konsultationen durchzuführen, um die beste, allen gerecht werdende Variante zu finden.

Das Geschenk des Lebens bewahren

Auf Ihrem Forum wurde die zukunftsreiche und edle Idee geäußert, einen «Fonds für das Überleben der Menschheit» zu gründen. Im Rahmen dieser In-

stitution könnten offene Diskussionen zu Fragen der Verhinderung eines Kernwaffenkrieges geführt werden.

Der Fonds könnte die Analyse brennender Probleme des internationalen Lebens fördern und zur Entwicklung von Projekten über globale Probleme der Menschheit beitragen, einschliesslich der Bekämpfung neuer verhängnisvoller Krankheiten. Wir würden eine aktive Beteiligung der sowjetischen Öffentlichkeit – sowohl materielle als auch intellektuelle – an diesem Fond begrüßen.

Ich zweifle nicht daran, dass die gute Saat Ihres Forums aufgehen wird. Die Kräfte des Militarismus – sie stehen durchweg als Synonym für die Kräfte der Unwissenheit und geistigen Blindheit – sind nicht allmächtig.

Die Entstehung der Bewegung von Wissenschaftlern für die Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges, die leidenschaftlichen und von gründlicher Sachkenntnis geprägten Aktionen von Ärzten, Ökologen, Kulturschaffenden und Künstlern, das Entstehen der verschiedensten Vereinigungen und Organisationen gegen Kernwaffen sind untrügliche Beweise für die Entschlossenheit der vernunftbegabten Menschheit, auf der Erde das wertvolle Geschenk des Lebens, das vielleicht im gesamten Weltall einmalig ist, zu bewahren.

In diesem Auditorium sind die Politik und die politischen Wissenschaften vertreten. Da möchte ich die Frage stellen: Können wir mit den heutigen Kenntnissen, mit den heutigen Erfahrungen Schritt für Schritt zu ausgeglicheneren und harmonischeren internationalen Beziehungen, zur Durchsetzung eines umfassenden Systems zuverlässiger und für alle gleicher internationaler Sicherheit gelangen? Meines Erachtens können und müssen wir dazu kommen.

Ich meine, die Hoffnung und das Bestreben, eine positive Antwort auf diese Frage zu finden, haben Sie auch auf diesem breiten Forum zusammengeführt.

Die Folgen des Fortschrittes

Unser grosser Gelehrter, Wladimir Iwanowitsch Wernadski, warnte bereits 1922 – bedenken Sie, das war vor 65 Jahren: «Die Zeit ist nicht mehr fern, da der Mensch die Kernenergie in die Hand bekommt, eine Energiequelle, die es ihm ermöglichen wird, ein neues Leben nach seinem Wunsch aufzubauen... Wird es der Mensch verstehen, diese Kraft zu nutzen – zum Guten und nicht zur Selbstvernichtung? Hat er die Fähigkeit erlangt, die Kraft anzuwenden, die ihm die Wissenschaft unausbleiblich geben muss? Die Wissenschaftler dürfen die Augen nicht vor den möglichen Folgen ihrer Forschungsarbeit, des wissenschaftlichen Fortschritts, verschliessen. Sie müssen sich für die Folgen ihrer Entdeckungen verantwortlich fühlen. Sie müssen ihre Arbeit mit einer besseren Organisation des Lebens der gesamten Menschheit verbinden.»

Denken Sie sich in diese Worte hinein. Früher hat der Geist des Menschen ohne Bedenken danach gestrebt, sich die Kräfte der Natur zu unterwerfen. Heute kann die Natur zum Todfeind der Menschheit werden, wenn man in sie eindringt, ohne vorher alle Folgen zu berechnen. Die Havarie von Tschernobyl hat uns mit einer Tragödie von vergleichsweise lokalem Ausmass daran gemahnt. Das nukleare Wettrüsten treibt uns unerbittlich in eine globale Tragödie.

Jahrhundertlang haben die Menschen nach Wegen zur Unsterblichkeit gesucht. Man kann sich nur schwer damit abfinden, dass jeder von uns sterblich ist. Aber es ist unmöglich, sich mit

der Endlichkeit der ganzen Menschheit, des menschlichen Geistes, abzufinden. Leider haben sich viele Vertreter unserer Generation an die Kernwaffen gewöhnt. Bei vielen sind sie zu einer Art Idol des Bewusstseins geworden, das immer neue Opfer fordert. Es gibt auch solche, die das nukleare Wettrüsten beinahe zur Garantie für die Erhaltung des Friedens erklären.

Leider haben die Kernwaffen in vieler Hinsicht die Zeit geprägt, in der wir leben. Natürlich bedeutet ihre Beseitigung keine Rückkehr zu dem, was vorher war. Der Verzicht auf die nukleare Abschreckung darf denjenigen, die mit militärischen Abenteuern liebäugeln, nicht freie Hand lassen.

Das ist absolut keine müssige Frage. Manch einer sieht die Antwort darauf in der Vervollkommnung anderer Komponenten der militärischen Macht, der konventionellen Rüstung. Das ist ein untauglicher, ein verhängnisvoller Weg.

Die Humanisierung der internationalen Politik

In die postnukleare Ära muss die Menschheit, nachdem sie die nuklearen Gebrechen überwunden hat, gestärkt eintreten. Sie wird Immunität gegenüber Gewalt und den Versuchen erlangen, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Gegenwärtig sind die internationalen Beziehungen durch den Kult der Stärke und der Militarisierung des inneren Gehalts beraubt. Hieraus ergibt sich die Aufgabe, die internationalen Beziehungen zu humanisieren.

Ist das möglich oder nicht? Die einen meinen, es sei möglich. Andere meinen, dass es nicht möglich sei. Es lohnt nicht, jetzt darüber zu streiten. Ich meine, dass die unerlässliche objektive Notwendigkeit sich durchsetzen wird. Die Völker werden sich insgesamt dessen immer mehr bewusst. Es ist das Verständnis

gereift, dass ein Nuklearkrieg nicht geführt werden darf. Also machen wir für den Anfang den ersten grossen Schritt – reduzieren wir die Kernwaffenarsenale, verlegen wir den Waffen den Weg in den Weltraum. Lasst uns nutzen, was wir in Reykjavik erreicht haben, und weitergehen. Warten wir ab, wie das die internationale Atmosphäre beeinflusst. Ich persönlich denke, dass mit jedem dieser Schritte das Vertrauen wachsen wird und sich neue Horizonte der Zusammenarbeit eröffnen werden.

Dazu müssen auch die Demokratisierung des Denkens auf internationaler Ebene sowie die gleichberechtigte, eigenständige und aktive Beteiligung aller Staaten – der grossen, kleinen und mittleren – an den Angelegenheiten der internationalen Gemeinschaft beitragen.

Zur «Humanisierung» der internationalen Beziehungen sind entsprechende Aktionen auch auf humanitärem Gebiet erforderlich, darunter auch auf den Gebieten der Information, der menschlichen Kontakte, des künstlerischen Austauschs und in anderen Bereichen. Das wird helfen, moralische Garantien für die Erhaltung des Friedens zu schaffen, und damit zur Erarbeitung materieller Garantien beitragen. Die aggressive Informationspolitik, die von einigen Ländern praktiziert wird, führt

Sozialistische Internationale

Gespräche in Moskau

Von Nationalrat Jean Ziegler

Eine Delegation des Büros der Sozialistischen Internationalen unter der Leitung von Kalevi Sorsa weilte zu verschiedenen Gesprächen in Washington und Moskau. Ich selbst war am 1./2. Juni 1987 in Moskau mit dabei. In Moskau gab es zwei Sitzun-

nicht nur zu geistiger Verkümmern, sondern stört auch den normalen Dialog zwischen Menschen verschiedener Länder und die gegenseitige Bereicherung der Kulturen. Sie bringt Feindseligkeit und Entfremdung zwischen den Völkern hervor.

Sie werden mir sicher beipflichten, dass ein Volk, das die Kultur und die Kunst anderer Völker kennt und schätzt, ihnen gegenüber keine bösen Gefühle hegen kann.

Die Zeit wird immer knapper, je grösser die Gefahr der Verlängerung der Rüstungsspirale wird, aber auch im Zusammenhang mit der drastischen Zuspitzung der regionalen und der sogenannten globalen Probleme. Sie darf nicht mehr verschwendet werden für Versuche, sich gegenseitig auszuspielen und einseitige Vorteile zu erlangen. Der Einsatz in diesem Spiel – das Überleben der Menschheit – ist zu hoch. Deswegen wird die Berücksichtigung des kritischen Zeitfaktors lebensnotwendig.

Mögen die Ideen des Forums in jeden Winkel der Erde dringen, die Auffassungen sich annähern, sich das gegenseitige Verständnis erweitern. Mögen ihre Anstrengungen helfen, zu einer kernwaffenfreien und gewaltlosen Welt beizutragen – um der Unsterblichkeit der menschlichen Zivilisation willen.

gen: eine erste, sehr feierliche, mit der sowjetischen Regierungsspitze, die von Andrej Gromiko präsiert wurde. Die zweite Runde fand mit den Spitzen der Partei statt: sie war länger, intensiver und auch streitbarer. Die Delegation der